



Antrag

der Fraktion der SPD

Von der Bundeswehrreform betroffene Beschäftigte und Standorte aktiv unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

Von der Bundeswehrreform betroffene Beschäftigte und Standorte aktiv unterstützen

Der Schleswig – Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen,

- dass der Bundesminister für Verteidigung die militär- und finanzpolitischen Grundlagen für seine Entscheidungsfindung offen darlegt,
- dass die Standorte erhalten bleiben, bei denen der Bundesminister für Verteidigung nicht die militär- und finanzpolitische Plausibilität nachweisen kann,
- dass die betroffenen Soldatinnen und Soldaten, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Beamtinnen und Beamten und deren Angehörige so bald wie möglich verbindliche Aussagen über ihre Zukunftsperspektiven erhalten,
- dass soziale Härten ausgeglichen werden,
- dass die betroffenen Liegenschaften frei von Altlasten, zu fairen Preisen mit verbindlichen Zeithorizonten der Konversion zugeführt werden können und
- sich der Bund substantziell an der Finanzierung der Konversion beteiligt.

Begründung:

Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes ist Deutschland nur von befreundeten Nationen umgeben. Die daraus möglich gewordene Verkleinerung der Streitkräfte, die stärkere Einsatzorientierung und die Aussetzung der Wehrpflicht mussten und müssen deshalb zu einer deutlichen Reduzierung der Dienstposten und Standorte führen. Es war auch zu erwarten, dass Schleswig-Holstein auch in dieser Reformrunde mit seiner hohen Anzahl an Dienstposten von gravierenden Standortschließungen betroffen sein würde.

Offenbar mangelt es aber auch hier der Landesregierung an Einfluss in Berlin. Weder konnte diese verhindern, dass Schleswig-Holstein mit über 40% deutlich überproportional viele seiner Dienstposten verliert, noch ist es ihr gelungen, zumindest eines der Kommandos oder andere mögliche Kompensationen zu erhalten.

Neben den wirtschaftlichen und strukturellen negativen Effekten verlieren wir aber vor allem viele Menschen, die sehr häufig auch in der Zivilgesellschaft zu den tragenden Kräften gehören, sei es in Vereinen, Verbänden oder als ehrenamtliche Mandatsträgerinnen und Mandatsträger. Einige der Entscheidungen des Verteidigungsministers sind weder finanziell noch fachlich nachvollziehbar, z. B. die Verlagerungen von Flottenkommando und Marinearsenal.

**Dr. Kai Dolgner
und Fraktion**